

Medienspiegel Woche 8 / 2016

Seite

Lehrer, Lehrerbildung, PH

BaZ, 19. 2. 2016

Der Lehrerberuf: Eine Übergangslösung?

1

Schule Schweiz, 21.2.2016

Leserbriefe zu: Stresstest für künftige Lehrer, NZZaS, 14.2.2016

2

Beurteilung / Charaktereigenschaften / Haltungen / überfachliche Kompetenzen

BaZ, Sa 20.2.2016

Zensuren für Charaktereigenschaften

3

SonntagsZeitung, 21.2.2016

Vermessene Vermessung

5

Schweizer Illustrierte, 26. Februar 2016

Die Rothenbühler Kolumne

7

Testerei / LCH / EDK / nationale Bildungsziele / Bildungsmonitoring

Bildung Schweiz, Februar 2016

Die EDK beim Wort nehmen!

8

Kindergarten / Verhaltensprobleme / Verhaltensauffälligkeiten

NZZaS, 21.2.

Kindergärtnerinnen am Anschlag

9

Bürokratie / Lehrmittel / Rechtslage / Linke / Internationaler Druck

NZZ, 23.2.2016

Lehrplan-Befürworter schaffen vollendete Tatsachen

11

Initiativkomitee SZ, 23.2.2016

Sistierung der Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21

13

Einheitsgemeinde / Ökonomisierung / OECD / Untertanenmentalität / Demokratie / Ernährung

Tagblatt, 23. Februar 2016

Grabs: Zur Bildung der Einheitsgemeinde

15

BaZ, 24.02.2016

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter

16

Schule Schweiz, 24. Februar 2016

Erziehung zu angepassten Untertanen

17

Basler Zeitung, 25. Februar 2016

Kompetenz 4.4a: Nahrung zubereiten

18

Fremdsprachen

Tagblatt, 26. Februar 2016

Zürcher Initiative gegen zwei Fremdsprachen

19

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

Neben der Bildungsbürokratie sind verschiedenste andere Kräfte am Werk – sicher die meisten in bester Absicht. Und trotzdem ist BNE ein Graubereich, in dem nicht das Lernen der Kinder im Vordergrund steht, sondern die Erziehung – nicht immer im Sinne (und oft unter Ausschluss) der Eltern, die das Erziehungsrecht haben.

Auf dem Weg zum Schulnetz21 – BAG / RADIX / éducation21

Das Netzwerk ist Teil des Europäischen Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen, einem Programm der WHO, der EU und des Europarates.

[Projekt Schulnetzwerk21, 1.12.2015](#)

[éducation21, 23. Februar 2016](#)

BaZ, 19. 2. 2016

Der Lehrerberuf: Eine Übergangslösung?

Von Allan Guggenbühl

Der Beruf des Lehrers ist beliebt! Die Anmeldezahlen an den Pädagogischen Fachhochschulen steigen jährlich um bis acht Prozent. Viele junge Menschen wollen auf der Primar- oder Sekundarschulstufe arbeiten und sind bereit, ein dreijähriges Studium anzutreten. Beweist diese Entwicklung die hohe Attraktivität des Lehrerberufs? Der Schein trügt: Über die Hälfte der Berufseinsteiger verlässt in den ersten fünf Jahren nach Abschluss der Ausbildung den Schuldienst, ein Sechstel quittiert bereits im ersten Unterrichtsjahr und einige treten den Unterricht gar nicht erst an. Sie wenden sich gleich nach dem Diplom einer anderen Tätigkeit zu. Mit anderen Worten: Bei der Mehrzahl der Lehrpersonen dauert das Studium länger als die Berufstätigkeit. Kann sich der Staat dies leisten? Die Ausbildungskosten sind schwierig zu berechnen, bewegen sich jedoch zwischen 120 000 und 150 000 Franken. Geld für Menschen, die nicht wirklich in den Beruf einsteigen? Verständlich, dass man die Ursachen beheben will und die Fachhochschulen an Stress-tests denken. Es wird angenommen, dass die Aussteiger den Forderungen des Berufsalltags nicht gewachsen sind. Ein Assessment soll die Stressresistenz klären. Dieses soll über die Fortsetzung des Studiums entscheiden. Ist jedoch Stress der Grund, dass junge Menschen aussteigen?

Interessant ist, was viele Studierende im Vertrauen über ihre Berufswahl sagen: «Der Lehrerberuf lässt sich mit meinen Familienplänen kombinieren. Dank dieser Ausbildung erfahre ich etwas über Kinder, kann Teilzeit arbeiten. Ich bin jedoch nicht sicher, ob ich nach der Familienpause wieder einsteige.» Ein Grossteil der Studierenden sieht im Lehrerberuf einen Übergangsberuf. Bei vier von fünf Studierenden auf der Primar- und Vorschulstufe handelt es sich um Studentinnen. Ein Teil dieser Studentinnen ist nicht primär an einer Karriere interessiert, sondern sie suchen nach einer Tätigkeit, die sich mit privaten Lebensplänen verbinden lässt. Bei Männern ist dies tendenziell weniger die Familiengründung, sondern eine Musik- oder Künstlerkarriere. Natürlich wäre es ungeschickt, eine solche Lebensplanung gegenüber Vertretern der Hochschule einzugestehen. Als Dozent erfährt man von diesen Motivationen später oder über Umwege. Der Lehrerberuf wird als Übergangslösung verstanden. Eine Ausbildung, bei der man zwar viel arbeiten muss, die jedoch machbar ist und hilft, eigene Lebenspläne anzustossen. Ist es so weit, dann quittiert man den Lehrerberuf.

Gegen eine solche Lebensplanung ist nichts einzuwenden. Viele unterrichten ausserdem nach einer Baby- oder Familienpause mit einem Teilzeitpensum. Der organisatorische Zusatzaufwand ist zwar gross, doch sie bleiben der Schule erhalten. Für den Beruf des Lehrers ist diese Entwicklung jedoch fatal. Nicht nur werden von Steuerzahlern Millionen für die Anschubfinanzierung einer anderen Tätigkeit ausgegeben, sondern der Schule fehlen Lehrpersonen, die sich über längere Zeit voll ihrer Arbeit widmen, eine Karriere anstreben, politisch tätig sind, vertiefte Erfahrungen mit Kindern sammeln und in der Öffentlichkeit profilieren. Die wenigen Lehrpersonen, die hochprozentig arbeiten, tragen ausserdem einen Grossteil der Last der Schuladministration, sei es als Schulleiter oder Klassenlehrperson.

Eigenartig ist, dass diese Motivation nicht offen diskutiert wird. Nicht der Stress führt zum Ausstieg aus dem Beruf, sondern der Wandel des Lehrerberufs. Die Lehrer oder Lehrerinnen, die sich über Jahre dem Beruf verschreiben und mehrere Klassenzüge begleiten, wurden zur Rarität.

Allan Guggenbühl ist Psychologe und Autor des Buches «Vergessene Klugheit – Wie Normen uns am Denken hindern».

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=15>

Schule Schweiz, 21.2.2016

Leserbriefe zu: *Stresstest für künftige Lehrer*, NZZaS, 14.2.2016

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/NZZ-am-Sonntag-14.-Februar-2016.pdf>

PH sollen über die Bücher gehen

Dass [viele Junglehrer den Beruf schon während der Ausbildung oder im ersten Berufsjahr aufgeben](#), hängt nicht zwingend mit ihrer Persönlichkeit zusammen. An vielen Pädagogischen Hochschulen wird momentan den Studierenden der Wunsch, Kindern und Jugendlichen etwas beizubringen, gründlich ausgetrieben. Anstatt teure Assessments für angehende Lehrer einzuführen, sollten die Pädagogischen Hochschulen besser selber über die Bücher gehen. Die von ihnen verbreiteten Theorien des «selbstorganisierten, kompetenzorientierten und individualisierten Lernens», die es dem Lehrer verbieten, Stoff zu vermitteln und mit den Schülern gemeinsam zu erarbeiten, und ihn zum Coach degradieren, sind falsch und lassen die Schüler und auch die Lehramtsstudenten im Stich. Die Pädagogischen Hochschulen sollen die angehenden Lehrer auf dem Weg zu reifen Lehrerpersönlichkeiten begleiten und sie als erfahrene Kollegen anleiten. Dann können die jungen Lehrer an ihrer schönen und anspruchsvollen Aufgabe wachsen und zu Persönlichkeiten werden.

Leserbrief, NZZaS, 21.2. von Susanne Lienhard

Praxiserprobte Fachdidaktiker fehlen

Die [hohe Zahl der Abgänge](#) neu ausgebildeter Lehrpersonen bedeutet einen immensen Verlust an pädagogischem Know-how. Leider haben die Pädagogischen Hochschulen nach der Bologna-Reform mit der Entlassung der meisten Volksschullehrer als Fachdidaktiker das Standbein des Praxisbezugs arg geschwächt. Von diesem Schock hat sich die Lehrerbildung noch immer nicht erholt. Wer sich für den Lehrerberuf entscheidet, sollte wissen, dass er eine Aufgabe mit unternehmerischen Anforderungen und hoher zeitlicher Inanspruchnahme übernimmt. Lange Zeit haben die Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz damit geworben, dass vom Lehrerstudium aus prima Möglichkeiten für den Wechsel in andere Hochschulbereiche bestünden. Dass jetzt eine Korrektur dieser Beliebigkeit ins Auge gefasst wird, ist zumindest ein Ansatz für eine gründliche Auseinandersetzung um ein Berufsbild mit klareren Konturen.

Leserbrief, NZZaS, 21.2. von Hanspeter Amstutz

Wahre Opfer sind die Studierenden selbst

Im Artikel wird darauf verwiesen, [dass die Studierenden an der PH Luzern im ersten Ausbildungsjahr intensiv auf ihre Eignung untersucht werden](#). Darum wollte man dort keine Assessments einführen. Als Student ebenda habe ich aber ausser einem Online-Eignungs-Selbsttest keine echte Eignungsabklärung oder gar Selektion wahrgenommen. Im Gegenteil, es scheint ein Studium zu sein, in dem es gar nicht möglich ist, nicht zu bestehen. Die wahren Opfer dieses Systems sind dabei nicht einmal die Schüler und Eltern, die sich mit einer überforderten Lehrperson herumschlagen müssen. Noch sind es die Berufskollegen, die unter einem Imageschaden leiden. Auch nicht die Steuerzahler, die diesen Leerlauf finanzieren. Es sind die Studierenden, die Jahre in eine Ausbildung investieren und erst in der Praxis erfahren, ob sie neben den fachlichen Kompetenzen auch das restliche Rüstzeug zur Bewältigung des Arbeitsalltags mitbringen.

Leserbrief, NZZaS, 21.2. von Raphael Wallimann

PH drücken sich um Selbstkritik

Die Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz macht es sich zu leicht, wenn sie einfach [die Schwachstelle bei den Studierenden sucht](#) und sich elegant um die Frage drückt, ob es nicht auch an den Ausbildungsinstituten selber liegt. Diese betreiben lieber eine schmalbrüstige Forschung, um sich den Hochschulstatus zu sichern, anstatt den Studierenden ein Umfeld zu bieten, in welchem sie sich in aller Sorgfalt auf ihren Beruf vorbereiten können. Zudem unterstützen die Pädagogischen Hochschulen selber jene fehlgeleitete Schulpolitik mit den sogenannten Reformen, ihren Evaluationen, endlosen Elterngesprächen, der totalen Integration von Schülern aller Intelligenzgrade und Reifungsdefizite und der daraus resultierenden Inflation von ambulanten Heilpädagogen, Hilfs- und Stützlehrern, was unsäglich viele interne Absprachen erfordert. All dies bringt selbst gesunde und robuste Persönlichkeiten letztlich zur Strecke.

Leserbrief, NZZaS, 21.2. von Peter Schmid

BaZ, Sa 20.2.2016

Zensuren für Charaktereigenschaften

Der Kanton Bern will die Schülerbeurteilungen an den Lehrplan 21 anpassen

Von Thomas Dähler

Bern. In den Deutschschweizer Schulen können künftig Charaktereigenschaften und persönliche Einstellungen der Schülerinnen und Schüler gemäss Lehrplan 21 auf einem Formular beurteilt werden. Das zeigt der Entwurf der angepassten Beurteilungsberichte mit Zusatzformular für die Sekundarschulen im Kanton Bern, welchen die bernische Erziehungsdirektion zurzeit mit den Lehrkräften diskutiert. Beurteilt werden sollen gemäss dem Entwurf, welcher der BaZ vorliegt, etwa auch die Gefühlsregungen der Schülerinnen und Schüler oder deren Ansichten über fremde Religionen und Lebensformen.

Mit der bevorstehenden Einführung des Lehrplans 21 plant die Erziehungsdirektion des Kantons Bern nach eigenen Angaben nur eine Anpassung des Beurteilungssystems. Es sei dies «kein neues Beurteilungssystem», erklärte Kommunikationsleiter Martin Werder der BaZ gestern. «Wir sind daran, zu schauen, wo allenfalls leichte Anpassungen sinnvoll sind.» Diese sind gemäss dem Entwurf jedoch weitreichend und füllen mehrere Seiten. Sie basieren auf dem umfangreichen Katalog von «überfachlichen Kompetenzen», den der neue Lehrplan 21 der Deutschschweizer Kantone enthält.

Skala von eins bis zehn

Die überfachlichen Kompetenzen seien zentral, heisst es in den Erläuterungen zum Formular für die Beurteilungen. Bewertet werden sollen diese auf einer Skala von eins bis zehn. Bis heute war lediglich in den Elterngesprächen die Sozialkompetenz ein Thema. Das soll anders werden. Die im Lehrplan 21 enthaltenen neuen überfachlichen Kompetenzen, welche die Schülerinnen und Schüler erreichen müssen, sind hoch umstritten. «Nie und nimmer werde ich diesen Mist beurteilen», schreibt ein Lehrer der BaZ.

So fallen in die neue Beurteilung des «Umgangs mit Vielfalt» die Anforderungen, die im Lehrplan 21 unter dem Titel «Vielfalt als Bereicherung erfahren» aufgelistet sind. Dort heisst es etwa: «Die Schülerinnen und Schüler können respektvoll mit Menschen umgehen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen oder sich in Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, sozialer Herkunft, Religion oder Lebensform unterscheiden.» Wie Schülerinnen oder Schüler genau bewertet werden, wenn sie die Zugehörigkeit eines Schülers zu einer Sekte kritisieren oder die Verschleierung einer muslimischen Mitschülerin missbilligen, geht aus der Anleitung nicht hervor.

Unklar sind die Angaben auch zu anderen Bereichen. So geht aus der Anleitung auch nicht hervor, was genau unter dem Begriff «Selbstreflexion» beurteilt werden muss. Geht es etwa darum, mit dem Zeugnis Gefühlsausbrüche oder Depressionen zu bekämpfen? Im Lehrplan 21 lauten die diesbezüglichen Anforderungen: «Die Schülerinnen und Schüler können eigene Gefühle wahrnehmen und situationsangemessen ausdrücken.» Oder: «Die Schülerinnen und Schüler können Fehler analysieren und über alternative Lösungen nachdenken.»

Mit fachlichem Lernen verknüpft

Zu den weiteren Qualifikationen gehören auch die Selbstständigkeit, die Kooperationsfähigkeit oder eine Charaktereigenschaft wie die Konfliktfähigkeit eines Schülers. Dabei sollen Anforderungen beurteilt werden wie «die Schülerinnen können sachlich und zielorientiert kommunizieren und Gesprächsregeln anwenden und Konflikte direkt ansprechen» oder «die Schülerinnen und Schüler können Kritik angemessen, klar und anständig mitteilen und mit konstruktiven Vorschlägen verbinden». Wer glaubt, die Neigung zu Empörung und Protest führe bei der Konfliktfähigkeit zu einer Beurteilung irgendwo zwischen 1 und 3, liegt vermutlich nicht ganz falsch.

Die Zeugnisse enthalten auch Qualifikationen etwa für Pünktlichkeit, Ordnungssinn oder Höflichkeit – alles Erziehungsaufgaben, die eng mit dem Elternhaus verbunden sind. Gemeinsam ist allen überfachlichen Kompetenzen, dass sie ein «verbindlicher Auftrag» sind, und dass sie in allen Fachbereichen aufgebaut und gefördert werden müssen. Sie würden mit dem fachlichen Lernen verknüpft. Die Frage, welches Gremium über die Neuerungen entscheidet, beantwortete die bernische Erziehungsdirektion gestern nicht.

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=5>

SonntagsZeitung, 21.2.2016

Vermessene Vermessung



Lehrer sollen Schüler charakterlich bewerten – das Vorhaben ist hoch umstritten

Nadja Pastega

Bern Auf der Bühne der Aula des Gymnasiums Lerbermatt in Köniz stand der Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, flankiert von zwei Protokollschreibern an Flipcharts. Was der grüne Regierungsrat in seinem Hearing am letzten Mittwoch vor rund 200 geladenen Lehrern präsentierte, hatte es in sich: Mit der Umsetzung des Lehrplans 21, des gemeinsamen Regelwerks für die 21 Deutschschweizer Kantone, müssen die Lehrer künftig auch Charaktereigenschaften und Haltungen ihrer Schüler bewerten. Diese sogenannten überfachlichen Kompetenzen sollen gemäss Entwurf der Berner Erziehungsdirektion in die Schlussnote der einzelnen Fächer einfließen. Auf einem separaten Bewertungsformular müssen die Lehrer zudem die «personalen und sozialen Kompetenzen» der Schüler ausweisen.

Den Entwurf der Berner Erziehungsdirektion zum neuen Beurteilungsraster auf der Sekundarstufe machte gestern die «Basler Zeitung» publik. Das sechsseitige amtliche Dokument, das der SonntagsZeitung vorliegt, basiert auf dem umfangreichen Katalog, den der Lehrplan 21 vorgibt. Zwar wird das Verhalten der Schüler bereits heute in den meisten Kantonen beurteilt – doch das Berner Modell geht weit darüber hinaus.

Ideologisch gefärbte Einschätzungen

So sollen die Lehrer ihre Zöglinge einmal pro Jahr auf einer Skala von 1 bis 10 charakterlich vermessen. Qualifikationen soll es geben für Selbstreflexion, Selbstständigkeit und Eigenständigkeit, hinzu kommt eine Bewertung von Dialog-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit. Zensuren sollen auch verteilt werden für ideologisch gefärbte Einschätzungen wie «Umgang mit Vielfalt». Was darunter zu verstehen ist, steht in den amtlichen Erläuterungen: Die Schüler sollen die «Vielfalt» von Religionen, Kulturen und Lebensformen «als Bereicherung erfahren» und «die Gleichberechtigung mittragen». Vorgesehen sind auch Bewertungen für Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Ordnungssinn, Höflichkeit und Umgangsformen.

«Buben werden schlechter wegkommen als Mädchen»

Das Vorhaben ist hoch umstritten. Für Alain Pichard, Lehrer in Biel und Initiant des lehrplankritischen Memorandums «550 gegen 550», ist die «psychometrische Vermessung» der Kinder «inakzeptabel». Man könne Verhalten und Charakter gar nicht objektiv beurteilen. Zudem sei unklar, wie man das genau bewerten müsse.

Beispiel Selbstreflexion: «Wenn ein Schüler eine 2 in Mathematik macht und sagt, er komme nicht draus, er sei zu dumm, ist das dann eine gute Selbstreflexion?» Gewisse Formulierungen seien «unglaublich», so Pichard. «Wie sollen wir zum Beispiel das Verhalten (Die Schüler können Gefühle wahrnehmen und situationsangemessen ausdrücken) bewerten? Heisst das, dass sie nicht mehr Scheisse sagen dürfen?»

Kritik kommt auch von Kinder- und Jugendpsychologe Allan Guggenbühl. Dass die Pädagogen die Sozialkompetenz ihrer Schüler bewerten sollen, sei «anmassend». Man schanze den Lehrern eine Aufgabe zu, die sie gar nicht erfüllen könnten, so Guggenbühl. In Fachkreisen sei längst klar, dass man vom Verhalten allein nicht auf die Sozialkompetenz und die Persönlichkeit schliessen könne.

«Das Verhalten ist immer abhängig von der Situation. Wenn es in einer Klasse Spannungen gibt oder ein Lehrer unsympathisch ist, werden die Schüler eher blöd tun und frech auftreten», sagt Guggenbühl, «das heisst aber nicht, dass sie sozial inkompetent sind, sondern dass sie auf die Situation reagieren.»

«Problematisch» sei das geplante Bewertungsraster auch deshalb, weil es «eine Form von oberflächlicher Anpassungsleistung» fördere. Jene Schüler, die dem Lehrer nach dem Mund redeten und brav aufträten, bekämen eine bessere Beurteilung als jene, die widersprächen, provozierten und aneckten. «Buben werden damit schlechter wegkommen als ihre Mitschülerinnen – Mädchen sind geschickter darin, sich so zu verhalten, wie es der Lehrer wünscht.» Für Guggenbühl ist klar: «Was man da vorhat, muss man wieder streichen. Das ist einfach Unsinn.»

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_21_02_2016/nachrichten/Vermessene-Vermessung-56637

SonntagsZeitung, 21.2.2016

Zieht die Notenbremse!

Nadja Pastega findet die Einführung von Schulnoten für Verhalten höchst problematisch. Damit werde der Willkür Tür und Tor geöffnet

Den Deutschschweizer Schülern blüht eine happige Neuerung. Mit dem Lehrplan 21 können sie künftig auch Zensuren für Verhalten und Einstellungen bekommen. Das zeigt der offizielle Entwurf der Berner Erziehungsdirektion zur geplanten Schülerbeurteilung. Die Änderungen sind weitreichend. Und sie sind höchst problematisch.

Wenn Noten verteilt werden für Konfliktfähigkeit, Selbstreflexion, Selbstständigkeit oder Verantwortungsbewusstsein, hat das nichts mehr mit der Bewertung von Leistung zu tun. Hier geht es um den Charakter. Das hat an einer Schule nichts verloren. Zumal die Lehrerinnen und Lehrer gar nicht in der Lage sind, fundierte Psychogramme ihrer Zöglinge zu erstellen.

Stossend sind solche Bewertungen vor allem auch deshalb, weil sie nicht objektivierbar sind. Damit öffnet man der Willkür Tür und Tor. Die Konsequenzen müssen die Jugendlichen ausbaden: Wer eine schlechte Bewertung kassiert, hat bei der Lehrstellensuche null Chancen. Vollends inakzeptabel sind ideologisch motivierte Bewertungen wie jene für den Umgang der Schüler mit «Vielfalt». Wie soll hier eine faire Beurteilung aussehen? Wenn sich ein Schüler in einer Diskussion engagiert dafür einsetzt, dass die Schweiz keine Flüchtlinge mehr aufnehmen soll, gibt es dafür einen Punktabzug? Oder wenn eine Schülerin am Samstagnachmittag mit der Pfadi eine Sammlung für Flüchtlinge organisiert, bekommt sie dafür Pluspunkte? Was ist, wenn ein Ausländer «Scheisschweizer» sagt?

Mit solchen Zensuren für persönliche Einstellungen wird die Schule zur ideologischen Erziehungs- und Besserungsanstalt. Das darf nicht sein. In einer Gesellschaft gibt es verschiedene Meinungen und Auffassungen. Es ist nicht Aufgabe der Lehrer, das zu benoten. Für die Erfinder dieser fragwürdigen Neuerungen gilt: Nachsitzen!

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_21_02_2016/fokus/Zieht-die-Notenbremse-56518

Schweizer Illustrierte, 26. Februar 2016

Die Rothenbühler Kolumne

Lieber Bernhard Pulver

Zum Glück haben Sie als Berner Erziehungsdirektor das von den Erziehungsbürokraten des Lehrplans 21 ausgedachte Bewertungsschema der «personalen und sozialen Kompetenzen» der Schüler wieder schubladisiert. Allerdings erst nach energischem Protest von Praktikern, die es absurd finden, Schüler auf einer Skala von 1 bis 10 im Charakter zu «vermessen» und Qualitäten wie Selbstreflexion, Eigenständigkeit, Dialog- und Konfliktfähigkeit, Pünktlichkeit, Ordnungssinn und Umgangsformen zu beurteilen sowie den «Umgang mit Vielfalt» einzuschätzen. Vielfalt in der Kunst, in Fauna und Flora? Oder war das etwa migrationspolitisch gemeint? Heikel, heikel. Da waren wieder mal neunmalkluger Gutmenschen am Werk. Bedenklich auch, dass diese Charakterbewertung offenbar von der Wirtschaft gewünscht wird, wo ja diverse Human-Resources-Direktoren längst die Mode der Personalbewertungsblätter eingeführt haben, die jeden Chef verpflichten, Mitarbeiter nach pseudopsychologischen Kriterien zu katalogisieren, fast so wie einst die Bundespolizei unbedarfte Polizisten aussandte, unbescholtene Bürger auf der Skala Mitte bis linksextrem zu taxieren. Nein, so geht es nicht. Die Schule soll den Schülern Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen, die Leistung fördern und diese auch abfragen und benoten. Nicht mal ein Psychiater ist in der Lage, den Charakter seiner Kunden zu «vermessen».

Geschweige denn all die guten Lehrer, die in meiner Erinnerung zu zwei Dritteln charakterlich auf der Skala von 1 bis 10 knapp auf eine 6 kamen, aber den Lehrstoff einfach saugt überbrachten. Ganz ohne Schema.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Rothenbühler

Bildung Schweiz, Februar 2016

LCH-Kommentar: Die EDK beim Wort nehmen!

Seit der Annahme des Bildungsartikels in der Bundesverfassung im Jahr 2006 sind die Kantone dazu verpflichtet, die Ziele der Bildungsstufen der obligatorischen Schule national zu harmonisieren. Die EDK hat dazu 2011 Grundkompetenzen in vier Fächern als nationale Bildungsziele verabschiedet. In einer Medienmitteilung vom 4. Juli 2011 schreibt die EDK: «Es ist nicht gedacht, dass die Lehrpersonen direkt mit diesem Instrument arbeiten. Die Grundkompetenzen richten sich in erster Linie an Fachleute, welche Lehrpläne, Lehrmittel oder Beurteilungsinstrumente erarbeiten.» Es geht also nicht um eine individuelle Leistungsüberprüfung von Schülern, Klassen oder Schulen, sondern um ein nationales Bildungsmonitoring. Auf dem Prüfstand stehen die 26 kantonalen Bildungssysteme und der erreichte Grad der Harmonisierung bei den Bildungszielen. Die Ergebnisse sollen Rückschlüsse zur Leistungsfähigkeit der kantonalen Schulsysteme liefern. Denn im Gegensatz zu PISA, das keinerlei Rücksicht auf nationale Lehrpläne oder Bildungsziele nimmt, bezieht sich die Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) auf national einheitliche Bildungsziele und die sprachregionalen Lehrpläne.

Mehrfach hat die EDK auch versichert, dass die anfallenden Daten aus der ÜGK nicht zu Rankings von Klassen und Schulen oder zur Leistungsbewertung von Lehrpersonen missbraucht werden dürfen. Dem Datenschutz kommt daher höchste Priorität zu.

Der LCH wird ein wachsames Auge auf dieses Versprechen der EDK werfen und erwartet, dass sich ausnahmslos alle kantonalen Bildungsdepartemente an die vereinbarten Regeln halten. Trotzdem werden Schlagzeilen in den Medien unvermeidbar sein, die ein Kantonsranking aus den Daten der ÜGK ableiten, sobald diese im Bildungsbericht 2018 publiziert werden: «Im Kanton X ist die Bildung am besten». Oder: «Kanton Y nur im Mittelfeld beim Schweizer Bildungstest». Und im Kanton Z mit den schlechtesten ÜGK-Resultaten: «Warum sind unsere Schüler dümmer als anderswo?»

Solche Schlagzeilen sind dem Zeitgeist geschuldet, der alles Mögliche und Unmögliche einem Ranking unterzieht. Im Zeitalter des «Awardismus», der Casting-Shows und der TV-Bachelors gibt es nur Winner und Loser. Kantonsrankings reihen sich da nahtlos ein. Damit müssen wir leben. Hingegen müssen wir nicht und wollen auch nicht in einem Bildungssystem arbeiten, das Schulen und Lehrpersonen mittels Daten aus flächendeckenden und standardisierten Schulleistungstests unter permanenten Wettbewerbsdruck setzt, indem Schulrankings laufend publiziert werden und die Ressourcenzuteilung an Schulen von deren Testresultaten abhängt nach der Formel «je besser, desto mehr». Dieses Wettbewerbsmodell hat die öffentlichen Schulen in den USA nachhaltig beschädigt, und die Folgen wären auch für unser immer noch gutes Bildungssystem verhängnisvoll. Die Leidtragenden wären leistungsschwache Schülerinnen und Schüler, Lernende mit Migrationshintergrund und Schulen, die viele Kinder aus bildungsfernen Schichten und Flüchtlingskinder aufnehmen müssen. Diese «Loser», die das Klassen- und Schulranking ja nur vermiesen, müsste man dann möglichst schnell loswerden oder mindestens dafür sorgen, dass sie am Testtag nicht in die Schule kommen.

Menschenbildung ist mehr, als Tests messen können

Eine Kultur der Beschämung und der Mogelei mit einem ausgeprägten «teaching to the test» wäre aber das genaue Gegenteil dessen, was wir aus pädagogischer Sicht für richtig halten. Es gilt, jedem Kind die nötige Hilfe und Unterstützung zu geben, damit es sein Potenzial voll entfalten kann. Und das dauert manchmal etwas länger als bis zum Zeitpunkt des nächsten Leistungstests. Johann Heinrich Pestalozzi hat diese Wahrheit treffend formuliert: «Vergleiche nie ein Kind mit dem andern, sondern jedes nur mit sich selber.» Schulische Menschenbildung ist viel mehr, als PISA und andere Schulleistungstests je messen können. Es sind Lernprozesse, die auf unterschiedlichsten Ebenen dank der menschlichen Beziehung zwischen Lernenden und Lehrenden initiiert und gefördert werden. Daher hat der Lehrberuf im kommenden Maschinenzeitalter trotz fortschreitender Automatisierung und Digitalisierung eine rosige Zukunft. Das sagten auch ausgewiesene Experten am diesjährigen WEF in Davos. Den Politikern rieten sie, sich für gute Schulen und eine gute Infrastruktur einzusetzen. Dem können wir nur beipflichten!

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH

http://www.lch.ch/fileadmin/files/documents/BILDUNG_SCHWEIZ/2016/1602.pdf

NZZaS, 21.2.2016

Kindergärtnerinnen am Anschlag

Die Verhaltensauffälligkeiten bei den Kleinsten im Schulsystem nehmen zu

In den Kindergärten gibt es mehr und mehr schwierige Kinder. Kindergärtnerinnen machen sich Sorgen. Der Kanton Zürich hat darum eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

René Donzé

Sein Bein schnell blitzschnell nach vorne, und schon stolpert das kleine Mädchen darüber, fällt hin, beginnt zu weinen. Immer wieder treibt der kleine Knabe sein Spielchen, wenn ein Gschpänli an ihm vorbeilaufen will. Das ist nur eines von vielen Beispielen, die Brigitte Fleuti erzählt, wenn man sie nach verhaltensauffälligen Kindern im Kindergarten fragt.

Die Präsidentin des Verbands Kindergarten Zürich (VKZ) spricht von einer «beträchtlichen Zunahme der Verhaltensauffälligkeiten» bei den Kindern auf ihrer Stufe. Das Spektrum ist breit und reicht vom absolut schweigsamen bis hin zum ständig aggressiven Kind. Aufgrund der Rückmeldungen, die sie von ihren Mitgliedern erhält, schätzt sie den Anteil der verhaltensauffälligen Kinder auf zwischen 20 und 80 Prozent. «Der Unterricht kann mitunter massiven Störungen ausgesetzt sein», sagt Fleuti.

Die Erziehung fehlt

Dabei handelt es sich nicht nur um ein Zürcher Problem. Gesicherte Zahlen dazu gibt es in der Schweiz zwar noch nicht. Das Bundesamt für Statistik ist im Moment erst daran, entsprechende Auswertungen vorzunehmen. In Deutschland ergab die Braunschweiger Kindergartenstudie für 18 Prozent der Buben und 16 Prozent der Mädchen Verhaltensstörungen, bei weiteren 15 Prozent der Buben und 23 Prozent der Mädchen stellte die Untersuchung eine grenzwertige Auffälligkeit fest. Für die Schweiz konstatiert Beatrice Kronenberg, Direktorin des Schweizer Zentrums für Heil- und Sonderpädagogik: «Es gibt immer mehr Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten bereits im Kindergarten.»

Die Gründe dafür seien vielfältig, sagt sie. Teilweise mangle es an der Erziehung. «Diesen Kindern fehlt dann die Erfahrung, sich in eine Gruppe einzuordnen, zu warten, nicht immer im Mittelpunkt zu stehen.» Schuld sei auch der häufige Einsatz elektronischer Medien, um die Kinder ruhigzustellen. Einfluss habe zudem eine falsche Ernährung. Vermehrt würden auch genetische Störungen auftreten.

Ruth Fritschi, Zuständige für Kindergarten und Eingangsstufe beim Schweizer Lehrerverband (LCH), sagt: «Es gibt generell eine Zunahme von verhaltensauffälligen Kindern, aber das betrifft alle Schulstufen, nicht nur den Kindergarten.» Sie führt das unter anderem auf gesellschaftliche Entwicklungen und den Einfluss anderer Kulturen zurück. Ein Problem stelle auch die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen dar. «Die Kindergärten spüren solche Veränderungen als Erste.» Dort würden sie sich besonders belastend auswirken, weil die Kinder noch recht unselbständig seien, sagt Fritschi.

Einen Hinweis dafür, dass die Zürcher Kindergärten ein Problem haben, liefert auch die Repetitionsquote. Während diese auf allen Schulstufen rückläufig ist, steigt sie bei den Kindergartenkindern weiter an. Von 2001 bis 2014 wuchs der Anteil der Buben, die ein drittes Kindergartenjahr anhängen mussten, von 1,6 auf 2,9 Prozent. Bei den Mädchen hat er sich nach einem ersten Anstieg wieder bei 1,5 Prozent eingependelt. Fachleute vermuten, dass dies mit dem Trend zur immer früheren Einschulung der Kinder zusammenhängt.

Kontroverse um Beurteilung

Das Volksschulamt des Kantons Zürich hat auf die Klagen aus den Kindergärten reagiert und eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat Kindergärtnerinnen, Schulpsychologen und weitere Experten befragt und die Ergebnisse ausgewertet. Dabei zeigte es sich, dass das Problem unterschiedlich ausgeprägt wahrgenommen wird. Wie dem Schlussbericht zu entnehmen ist, konstatieren die Fachpersonen aus dem Vorschulbereich eine klare Zunahme. Und die Kinderstation Brüschalde der Psychiatrischen Universitätsklinik beobachtet «vermehrt komplexe Störungsbilder bereits bei jungen Kindern».

Weniger dramatisch sehen dies indes die Schulpsychologischen Dienste (SPD). Wie im Schlussbericht steht, stellten drei der vier befragten Dienste eine leichte oder geringfügige Zunahme fest, einer meldet keine Veränderung. Nur gut ein Prozent der Kindergartenkinder wurde wegen des Verhaltens bei den SPD angemeldet. 35 Kinder in diesen vier Bezirken (0,45 Prozent) erhielten deswegen eine Sonderschulung. «Längst nicht alle Fälle werden dem SPD gemeldet», sagt dazu VKZ-Präsidentin Fleuti. «Das Thema wird kontrovers beurteilt», sagt Urs Meier, Verantwortlicher für Sonderpädagogisches auf dem Zürcher Volksschulamt. Er spricht von einer «leichten Zunahme» der Fälle.

Der Kanton verzichtet darum auch darauf, das Problem der Kindergärten separat weiterzuverfolgen. Er will es auf allen Schulstufen angehen. So hat das Volksschulamt eine Broschüre zum Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und eine über den Einsatz von Schulassistenten im Rahmen des Unterrichts herausgegeben. Zudem werden Weiterbildungen zum Thema angeboten.

Für die Zürcher Kindergärtnerinnen ist das nicht genug. Brigitte Fleuti fordert eine Reduktion der Klassengrössen, vermehrt Halbklassenunterricht, einen Topf mit zusätzlichen Stellenprozenten für Notsituationen und die Möglichkeit von Time-outs für ganz schwierige Fälle. Und Ruth Fritschi vom LCH sagt: «Es ist wichtig, dass die Rahmenbedingungen stimmen und die Kindergärten genügend Ressourcen zugesprochen erhalten.»

Verhaltensprobleme

Schreien, schlagen, weinen

Mit folgenden Problemen sehen sich Kindergärtnerinnen und externe Fachleute im Kanton Zürich konfrontiert:

- Ein Kind zeigt häufig verbal und körperlich aggressives Verhalten gegenüber anderen Kindern, wie Haare reissen und schlagen.
- Ein Kind mit Autismus kann sich am Morgen nicht von seiner Mutter lösen, es schreit 1,5 Stunden am Stück.
- Ein Kind kann sich nicht verbal ausdrücken, kann seine Bedürfnisse nicht anmelden, kotet ein, kann die Toilette nicht selbständig benützen.
- Ein Kind trägt noch Windeln, hat keine aktive Sprache, wirft sich häufig auf den Boden und schreit.
- Ein Kind weint die ersten drei Monate täglich. Es spricht nicht, verweigert alles und ist überängstlich.

(Aus dem Bericht «Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten im Kindergarten», Kanton Zürich)

NZZ, 23.2.2016

Initiative «Lehrplan vors Volk»

Lehrplan-Befürworter schaffen vollendete Tatsachen

Der umstrittene Lehrplan 21 muss möglicherweise dem Parlament oder dem Volk unterbreitet werden. Dennoch wird das Projekt unbeirrt vorangetrieben – zum Ärger der Lehrplan-Gegner.

von Lucien Scherrer

Die Initiative «Lehrplan vors Volk» könnte den Lehrplan 21 gefährden.

Der Lehrplan 21 ist in den letzten Monaten von links und rechts unter Beschuss geraten. In mehreren Kantonen sind wegen pädagogischer und politischer Vorbehalte Initiativen zustande gekommen, die eine Volksabstimmung erzwingen wollen – mit dem Ziel, das ehrgeizige Projekt der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) zu stoppen.

Auch im Kanton Zürich könnte der Souverän das letzte Wort haben. Wie die Staatskanzlei am Freitag mitgeteilt hat, ist die Ende November von Pädagogen, Kinderärzten sowie rechtskonservativen und jungfreisinnigen Politikern eingereichte Initiative «Lehrplan vors Volk» mit mehr als 6000 geprüften Unterschriften zustande gekommen.

Unbeirrt weitermachen

«Nun hoffen wir, dass möglichst bald abgestimmt werden kann», sagt SVP-Kantonsrätin Anita Borer namens der Initianten. Die maximale Frist von der Einreichung bis zur Abstimmung beträgt 30 Monate. Konkret verlangt die Initiative, dass nicht wie üblich der Bildungsrat, sondern der Kantonsrat über die Einführung des neuen Lehrplans entscheidet. Da der Entscheid des Parlaments dem fakultativen Referendum unterstellt werden soll, könnte es letztlich zu einer Volksabstimmung kommen – und allenfalls auch zu einem «Nein» zu den Bestrebungen der EDK, die Bildungsziele in den 21 Deutschschweizer Kantonen mit einem Katalog von Hunderten «Kompetenzen» zu vereinheitlichen. Trotz diesen Fragezeichen treibt die Bildungsdirektion die Umsetzung des «Jahrhundertwerks» (so Ex-Bildungsdirektorin Regine Aeppli) voran, als wäre nichts geschehen. Man mache «unbeirrt» weiter, erklärte Volksschulamt-Chef Martin Wendelspiess vor einem Jahr dem «Landboten».

An dieser Devise hat sich nichts geändert. Auch der Bildungsrat hat just eine Stunde vor der Einreichung der Initiative im letzten November entschieden, den neuen Lehrplan ab Schuljahr 2018/19 einzuführen. Eine Antwort auf eine Anfrage von Anita Borer und weiteren Kantonsräten, ob es angesichts der drohenden Abstimmung nicht angebracht wäre, die Einführung zu sistieren, ist der Regierungsrat bis dato schuldig geblieben. Dafür hat der Bildungsrat dem Zürcher Lehrmittelverlag verschiedene Lehrmittel in Auftrag gegeben, die auf den Lehrplan 21 ausgerichtet sind, etwa «Gesellschaften im Wandel» oder «Kinder begegnen Natur und Technik». Die Initianten empfinden das als Affront. «Man versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, obwohl es noch gar keinen Auftrag gibt», sagt Anita Borer, «dabei wäre angesichts des Widerstandes ein Marschhalt angebracht.»

«What else?»

Fest steht, dass die Initiative keine aufschiebende Wirkung hat. Das Volksschulamt weist die Kritik aber auch inhaltlich zurück. In Sachen Lehrmittel gebe es keine scharfe Trennlinie «vor dem Lehrplan» und «mit dem Lehrplan», sagt Sprecherin Brigitte Mühlemann: «Der Anforderungskatalog für neue Lehrmittel war bereits vor dem Vorliegen des Lehrplans 21 in Richtung Kompetenzorientierung angelegt.» Zudem betont Mühlemann, dass der Lehrmittelverlag keine Subventionen beanspruche und sich selber finanziere – womit dem Kanton wegen der neuen Lehrmittel keine Mehrkosten entstünden. Tatsächlich werden andere die Kosten zu tragen haben, nämlich die Schulgemeinden. Sicher ist aber auch, dass der Kanton weiterhin für das unternehmerische Risiko des Verlags (mit)haftet. Denn die öffentlichrechtliche Institution soll zwar in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, Mehrheitsaktionär wird nach dem Willen der kantonsrätlichen Bildungskommission aber der Kanton bleiben. Völlig am Markt vorbei sollten neue Lehrmittel also nicht produziert werden.

An den pädagogischen Hochschulen ist die Vermarktung des langersehnten, weil Aufträge generierenden Lehrplans 21 derweil in vollem Gang. So bietet die PH Zürich Kurse und Workshops an mit Titeln wie: «Lehrplan 21 – Nachhaltige Ernährung macht Schule» oder: «Lehrplan 21 und Sexualpädagogik? What else?» Die rhetorische Frage aus der Nespresso-Werbung ist offensichtlich nicht nur in sexuellen Belangen Programm.

<http://www.nzz.ch/zuerich/lehrplan-befuerworter-schaffen-vollendete-tatsachen-1.18699632>

Initiativkomitee SZ, 23.2.2016

Initiativkomitee fordert Sistierung der Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21 – wichtige neue Infos liegen vor

Trotz absehbarem Fiasko beim Umbau der Schwyzer Volksschule läuft im Bildungsdepartement der Einführungs-Turbo weiter. Das 'Initiativkomitee zur Änderung des Volksschulgesetzes – STOPP dem Lehrplan 21' fordert die sofortige Sistierung. Zudem empfiehlt es der Bevölkerung zwei Publikationen zur vertieften Information über den LP21.

Ende Dezember 2015 reichte das Initiativkomitee gegen den Lehrplan 21 beim Bundesgericht Beschwerde ein gegen die Ungültig-Erklärung der Initiative durch den Kantonsrat. Inzwischen wurden in 13 weiteren Deutschschweizer Kantonen analoge Initiativen lanciert (vgl.Grafik).

Zwei Abstimmungstermine sind bereits bekannt: In Appenzell Innerrhoden (April 2016) und im Aargau (Februar 2017).

Doch im Kanton Schwyz treibt das Bildungsdepartement die Einführung des Lehrplans 21 ungebremst voran. Ein im Februar 2016 eingereichter Antrag auf Sistierung soll vom Erziehungsrat erst Ende April behandelt werden. Solange bitte man das Initiativkomitee «*um Geduld*», schreibt das Departement – und lässt mit hohen Kosten weiterhin Lehrmittel entwickeln, Lehrerfortbildungen und Schulleiterkurse vorbereiten etc. Offenbar geniesst die Einhaltung des Einführungs-Fahrplans weiterhin oberste Priorität.

Das Initiativkomitee begründet seinen Sistierungsantrag mit zwei wichtigen Argumenten:

1. Es entstehen mit der forcierten Einführung nicht verantwortbare Kosten zulasten des Bildungsbudgets und grosse Strapazen für die Schule. Trotz denkbar schlechter Chancen des Lehrplans 21 als Deutschschweizer Gesamtprojekt wird dessen Durchsetzung weiterhin verfolgt, als gäbe es dazu keine ernstzunehmende Opposition in der Bevölkerung.
2. Es könnte durchaus sein, dass jene Kantone, die jetzt vorpreschen, mit dem LP 21 bald isoliert dastehen und alles wieder rückgängig machen müssen, wenn andere Kantone aufgrund von Volksentscheiden den Schulsystem-Umbau stoppen. Je später zurückbuchstabiert wird, desto höher die Kosten und Belastungen der Schule.

Gegenüber den betroffenen Kindern und Lehrern ist es verantwortungslos, einfach durchzumarschieren, obwohl das Scheitern schon absehbar ist. Das Schwyzer Initiativkomitee empfiehlt den Schwyzer Eltern, Grosseltern, Stimmbürgern und Steuerzahlern, sich beim Bildungsdepartement ebenfalls für die sofortige Sistierung der Einführungsvorbereitungen einzusetzen.

Wichtige Informationen

In jüngster Zeit wurden zum Lehrplan 21-Systemwechsel weitere alarmierende Tatsachen bekannt. So führt der Kanton Thurgau bereits jetzt LP 21-Zwangskontrollen durch, mit denen auch bei uns zu rechnen ist. Dazu wird der vormalige Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, Christian Amsler, in der Basler Zeitung vom 11.2.2016 zitiert: «*Wenn es Lehrer gibt, die renitent sind und sich weigern, den Lehrplan 21 umzusetzen, darf die Behörde keinen Millimeter zurückweichen.*»

Die Basler Zeitung bezieht sich auf eine Beschreibung des neuen Kontrollinstruments des Thurgauer Amtes für Volksschule. Dieses basiere auf «*bildungsbürokratischen Qualifikationskriterien, die nur Lehrerinnen und Lehrer erfüllen, die in ihrem gesamten Unterricht auf die nutzungsorientierten neuen Bildungsziele umstellen. Wer sich an Wissensvermittlung und traditioneller Allgemeinbildung oder am ganzheitlichen Ansatz der Pädagogik von Johann Heinrich Pestalozzi orientiert, fällt durch.*» Mit Hilfe eines Online-Tools soll die Schulleitung die Lehrkräfte überprüfen können: «*Etwas darüber (...) wie linienförmig sich die einzelnen Lehrkräfte bei der Umsetzung des Lehrplans 21 verhalten.*»

Von Methodenfreiheit der Lehrer also keine Spur... Mit dem Lehrplan 21 würden diese oder ähnliche Zwangsmethoden auch im Kanton Schwyz durchgesetzt.

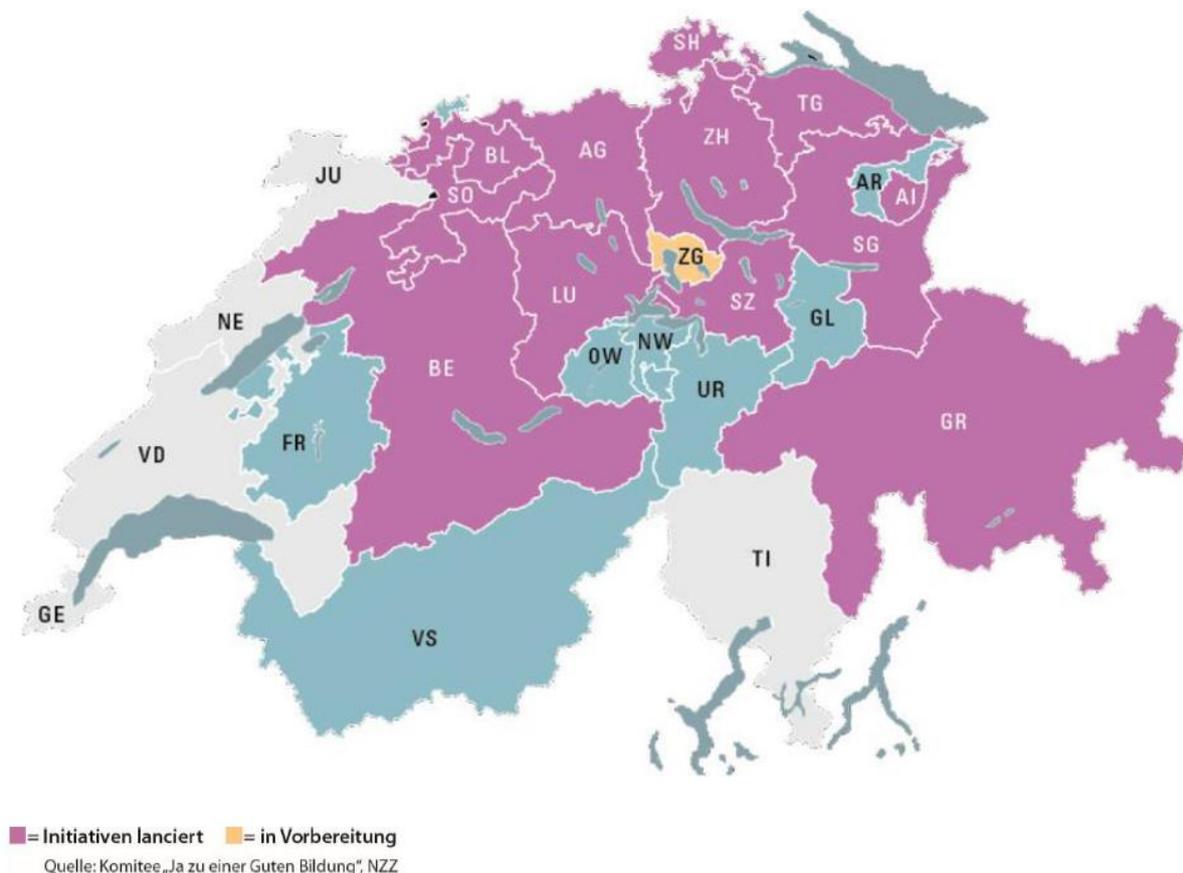
Aber auch die Ideologie-Ansprüche des Lehrplans 21, z.B. zu Sexualität und Religion, werden immer deutlicher. So schreibt die 'Sonntags-Zeitung' am 21. Februar: «Mit der Umsetzung des Lehrplans 21 (...) müssen die Lehrer künftig auch Charaktereigenschaften und Haltungen ihrer Schüler bewerten (...) So sollen die Lehrer ihre Zöglinge einmal pro Jahr auf einer Skala von 1-10 charakterlich vermessen (...) Das Vorhaben ist hoch umstritten.»

Alain Pichard, Lehrer, Politiker und Herausgeber der Publikation «EINSPRUCH!» mit Lehrplan-kritischen Artikeln namhafter Persönlichkeiten sowie Initiant des «Memorandums 550 gegen 550» nennt diese «psychometrische Vermessung der Kinder inakzeptabel». Man könne Verhalten und Charakter gar nicht objektiv beurteilen. Zudem sei unklar, wie dies genau zu bewerten sei.

Die Broschüre «EINSPRUCH!» und auch eine soeben erschienene, kommentierte Übersicht zu den «Kompetenzen» des Lehrplans 21 von Bruno Nüsperli, Mitglied des Aargauer Komitees gegen den Lehrplan 21, können bei den Herausgebern oder beim Schwyzer Initiativkomitee bezogen werden.

Irene Herzog-Feusi
Präsidentin des Initiativkomitees
Etzelstrasse 54, 8808 Pfäffikon
irhe@active.ch, www.gute-volksschule-schwyz.ch

Grafik: Initiativen gegen den Lehrplan 21



<http://starkevolksschulesg.ch/initiativkomitee-fordert-sistierung-der-vorbereitungen-zur-einfuehrung-des-lehrplans-21-in-sz/>

<http://gute-volksschule-schwyz.ch/data/documents/Publi-Reportage-LP-21-halbe-Seite.pdf>

Tagblatt, 23. Februar 2016

Grabs: Zur Bildung der Einheitsgemeinde

Sich gegen die Bildung einer Einheitsgemeinde auszusprechen, wirkt politisch ziemlich veraltet. Weshalb gegen etwas sein, das schon viele umgesetzt haben und sowieso überall kommen wird?

Vielleicht macht die Vorgehensweise etwas stutzig. Vor vier Jahren sprach sich die Bürgerversammlung gegen weitere Abklärungen zur Einheitsgemeinde aus. Vier Jahre später wird innerhalb von zwei Monaten der gesamte demokratische Prozess durchgezogen. Das geht etwas schnell und so wirkt unsere Demokratie ziemlich schlank.

Natürlich gibt es Gründe für diesen Wechsel. Die Wortwahl entspricht der bereits erfolgreichen Umstrukturierung der Volksschule zu einem nach wirtschaftlichem Prinzip geführten Unternehmen: Der Gemeinderat wirkt strategisch, die Schulleitungen operativ. Der Liegenschaftsbereich, das Kontrollsystem mit Rechnungsmodell, das Liegenschaftsmanagement, die Finanzsoftware haben die Zusammenarbeit unabdingbar gemacht, übergreifende Anliegen können aufgrund der Vernetzung effizienter angegangen werden. Vielleicht merkt man es nicht auf den ersten Blick, aber es geht um die Schule.

Unser Bundespräsident hat an der Neujahrsansprache gesagt, die graue Hirnmasse unserer Schulkinder sei der einzige Rohstoff für unser Land. Diese Aussage ist ein Teil der Wirklichkeit und gleichzeitig ein fürchterlicher Satz.

Die Schule hat sich längst für den globalen Wettbewerb fit gemacht. Inzwischen reden zu viele in der Schule drein und sie ist zwar anders, doch nicht unbedingt viel besser geworden. Heute besteht die Gefahr, dass wir die Schulkinder dauernd überfordern und ihnen immer mehr ihre Kindheit nehmen. Eine gesunde kindliche Entwicklung wäre wichtig und hat wenig mit Wirtschaftlichkeit zu tun.

Was spricht denn gegen das gemeinsame Bewältigen der Herausforderungen des Alltags in unserer Gemeinde? Vor rund 200 Jahren wurde in Grabs die unabhängige Schulgemeinde eingeführt und Marx Vetsch wusste nur zu gut, warum. Damals waren Gemeindepolitiker nicht der Meinung, alle Buben brauchten eine gute Bildung, Mädchen schon gar nicht. Die Schulgemeinde musste eigenständig sein, damit ihre pädagogischen Ziele nicht zu stark von Politikern beeinflusst werden konnten.

Die Aufgabenteilung auf eigenständige Räte, welche sich zum Wohl der Gemeinde einsetzten, hat sich bis heute meistens bewährt. Warum führen wir Kirchgemeinde und Ortsgemeinde nicht auch dieser Einheit zu? Weil Staatsmacht und kirchlicher Glaube besser getrennt sind und bei der Ortsgemeinde die Gefahr besteht, dass in kurzfristiger Denkweise die Substanz rasch ausgehöhlt und verkauft wird. Für mich treffen diese Bedenken teilweise auch bei der Auflösung der Schulgemeinde zu.

Eine Diskussion hat nicht stattgefunden, weil es dafür eigentlich zu spät ist. Hoffentlich nutzen viele ihr Stimmrecht, so dass der Entscheid, wie er auch ausfallen mag, wenigstens breit abgestützt ist. Wohl im Wissen, dass ein schneller Entscheid nicht automatisch schon eine gute Lösung ist.

This Isler, Riseli, 9472 Grabserberg

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/werdenberg/wo-lo/Grabs-Zur-Bildung-der-Einheits-gemeinde;art395293,4532904>

BaZ, 24.02.2016

Zu Widersprüchen in der Basler Bildungspolitik

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter

Von Roland Stark

In diesen Tagen erscheint ein Buch des Philosophen Christoph Türcke mit dem provokativen Titel «Lehrerdämmerung. Was die neue Lernkultur in den Schulen anrichtet» (Verlag C. H. Beck).

Angesichts der anhaltenden Unsitte der Schulbürokratie, der politischen Parteien, der Medien und leider auch der Lehrerverbände, sich einer offenen, mit Argumenten geführten Bildungsdiskussion – über die Substanz der Reformen, nicht nur über die Fassade – zu verweigern, hätte die Überschrift eigentlich «Debattendämmerung» heissen müssen.

Christoph Türcke beschreibt den Siegeszug der neoliberalen Ideologie durch die Schulstuben und sieht die Gefahr eines neuen Zwangssystems heraufziehen. Elementare Techniken wie Kopfrechnen oder Rechtschreiben gelten nicht mehr «als Unterbau höherer Leistungen, sondern sind unter der Würde von Kindern, die durch kreatives Entdecken statt durch Pauken vorankommen sollen. Kompetenzmodellierer und Bildungspolitiker argumentieren wie Pianisten, die kaum mehr Klavier üben, weil es nicht auf die Technik ankomme, sondern auf Musik. Oder wie Fussballtrainer, die das Kraft- und Konditionstraining abschaffen, um Zeit für das Eigentliche zu gewinnen: das intellektuelle Zusammenspiel, die Hackentricks und Fallrückzieher. Sie sägen also an dem Ast, auf dem das Eigentliche sitzt (Süddeutsche Zeitung, 10. 2. 2016). Locker, kreativ und individuell. Anton Hügli (SP, BS), ehemaliger Direktor des Lehrerseminars Basel, warnt vor einer Erziehungswissenschaft, die «ihre Reputation allein daraus zieht, Handlangerin zu sein für die mit der Schulbürokratie verfilzten Expertokratie».

Der klassische Lehrer wird ausgemustert, an seine Stelle treten immer mehr mobiles Coaching und flexibles Kompetenzdesign.

Die Strategie, jegliche Kritik an Bologna, Harnos, Lehrplan 21 oder Integrationskonzept als rechtskonservative Polemik zu etikettieren und damit zu erledigen, ist lange aufgegangen. Verantwortlich für diesen zweifelhaften Erfolg ist auch das Desinteresse der Sozialdemokratie, sich intensiv mit schulpolitischen Themen, einst ihr klassisches Kerngeschäft, zu beschäftigen.

Im Kanton Basel-Stadt keimt nun aber Hoffnung auf. Kurz vor der Fasnacht hat Rot-Grün angekündigt, für die Regierungswahlen fünf Kandidaten aufzustellen und die Übernahme des Erziehungsdepartements anzustreben. Damit wäre eigentlich der Boden für eine bildungspolitische Auseinandersetzung bestellt. Allerdings ist die Ausgangslage mehr als unübersichtlich.

Die Basler Schulpolitik ist bereits seit Jahren sozialdemokratisch geprägt und nicht zuletzt deshalb einer kontroversen Debatte weitgehend entzogen. Fundierte Kritik wird nicht widerlegt, sondern einfach totgeschwiegen. Dem viel beachteten Artikel «Basler SP-Front gegen Schulreformen» etwa (BaZ, 10. 12. 2015), in dem auf die 30-seitige Streitschrift «Einspruch», mit der SP-Ständerätin und zwei ehemaligen SP-Fraktions- und -Parteipräsidenten als Autoren, verwiesen wurde, begegnete die Partei unbeeindruckt mit der Losung: «Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter.»

Es wäre deshalb aufschlussreich zu erfahren, ob die linken Herausforderer «die Überfahrt in die – ach so schöne – ökonomistische Welt» unserer Bildungslandschaft (Anton Hügli) stoppen oder lieber fortsetzen wollen. Mit einer BastA!-Kandidatur auf dem Fünferticket ist eine gemeinsame Position nur schwer vorstellbar. Mit ein paar flotten Phrasen aus der Küche eines Werbebüros werden sich die Widersprüche jedenfalls nicht zuleistern lassen.

Wer ernsthaft Anspruch auf das Erziehungsdepartement anmeldet, muss zuerst aus dem bildungspolitischen Funkloch krabbeln und den Kontakt zur schulischen Wirklichkeit wiederherstellen. Ansonsten droht eine Bruchlandung.

Roland Stark (SP) ist ehemaliger Grossrats- und Verfassungsratspräsident.

<http://verlag.baz.ch/epaper/fspdf.cfm?Index=19>

Schule Schweiz, 24. Februar 2016

Erziehung zu angepassten Untertanen

Es vergeht kaum eine Woche in der nicht ein "Hund" in Sachen Lehrplan 21 von den Medien ausgegraben wird und jedes Mal werden die Beteuerungen der Erziehungsdirektoren, „der Lehrplan 21 ändere nichts“, Lügen gestraft. Jede weitere Enthüllung zeigt, dass bei der Volksschule "kein Stein auf dem anderen" bleiben würde und dass unsere Kinder nach den neoliberalen Plänen der Wirtschaftsorganisation OECD (Pisa) zu angepassten Untertanen umerzogen werden sollen.

LP21-Gesinnungssoldaten für Untertanenideologie, 24.2., von Peter Aebersold

Genau in diese Richtung zielt auch die kürzlich [von der Basler Zeitung aufgedeckte, willkürliche Beurteilung des Charakters im Schulzeugnis](#), mit dem Kinder lebenslänglich abgestempelt und bei der Lehrstellensuche ungerechterweise benachteiligt würden. Dabei geht es nicht nur darum, aus der Volksschule einen neuen globalen Markt zu machen, sondern das ganze Denken, Empfinden und Handeln der Kinder und Lehrer soll einer wirtschaftlichen Denk- und Handlungsweise und Marktlogik angepasst werden. Derart soll der Mensch als «Wirtschaftsmensch (homo oeconomicus)» auch in Liebe und Kindererziehung «rationalen Vorteilsentscheidungen» folgen, so dass sein Handeln vorhersagbar und damit steuerbar wird.

Schon 1961 stellte die OECD auf einer Konferenz mit Vertretern der neoliberalen Chicagoer School of Economics als bildungsökonomischen Ideengeber ihre Pläne im Klartext vor: «Heute versteht es sich von selbst, dass auch das Erziehungswesen in den Komplex der Wirtschaft gehört, dass es genauso notwendig ist, Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken. (...) Das bedeutet nicht weniger, als dass Millionen Menschen von einer Lebensweise losgerissen werden sollen, die seit Jahrhunderten und Jahrtausenden das Lebensmilieu ausmachte. Alles, was bisher an Schule und in der Erziehung in diesen Ländern geleistet wurde, verfolgte soziale und religiöse Ziele, die vorwiegend (...) Resignation und spirituelle Tröstung gewährten; Dinge, die jedem wirtschaftlichen Fortschrittsdenken glatt zuwiderlaufen. Diese jahrhundertealten Einstellungen zu verändern, ist vielleicht die schwerste, aber auch die vordringlichste Aufgabe der Erziehung in den Entwicklungsländern.» (OECD 1961, S. 38, 40).

In Augen der OECD zählt diesbezüglich auch die Schweiz zu den Entwicklungsländern. Diese Pläne sollen nun mit dem Lehrplan 21 in unserer Volksschule umgesetzt werden, ohne dass die Bevölkerung aufgeklärt werden soll, welche heimtückischen Pläne hier zugrunde liegen und wohin die gefährliche "Reise" gehen soll.

Es erstaunt nicht, dass immer mehr Menschen sich gegen solche Machenschaften zu Recht empören, [wie die Politologin Regula Stämpfli in der Basler Zeitung vom 23.2.](#): «Die Notenbanker des Hirns – unglaublicherweise auch unter sozialdemokratischer Führung – wollen künftig junge Menschenleben vermessen, wägen, aussortieren (!), als Waren so normieren, damit sie dem «Bildungswettbewerb» entsprechen. Allein den Lehrplan 21 lesen schreit nach Notfalldrogen. Die Lehrer sollen künftig beurteilen, wie «Gefühle situationsbedingt ausgedrückt und wahrgenommen werden» oder ob die Schüler den Richtlinien gemäss «Konflikte benennen» können. (...) Wörter richten Unheil an, das wissen wir spätestens seit den Nazis und den Sowjets. Der Lehrplan 21 ist das sinnentleerte Endprodukt börsenvergifteter Herrschaftsformen. Und wie bei jeder neuen Machtergreifung sollen einmal mehr Lehrer und Beamte die Speerspitze obrigkeitshöriger Kompatibilität vormachen. Glücklicherweise können wir nun – nicht zuletzt dank neuer Technologien – diese Gestalten des Unglücks noch bremsen. Ein erster Schritt besteht darin, diese bildungspolitische Aktienmentalität so zu dekonstruieren, dass sie im laufenden 21. Jahrhundert nur noch als hässliches Souvenir einer absterbenden Ideologie im Museum aufbewahrt wird. Ja klar: Die Vitrine wird ein Papierkorb sein. »

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/02/erziehung-zu-angepassten-untertanen.html#more>

Basler Zeitung, 25. Februar 2016

Kompetenz 4.4a: Nahrung zubereiten

Von Roland Stark

Ein wehmütiger Blick weit zurück ins letzte Jahrtausend. Pädagogische Steinzeit. Ort der Geschichte: Holzbaracke Tagesschule Niederholz Riehen der längst entsorgten Kleinklassen. Ein kleines Team qualifizierter Heilpädagogen, verstärkt durch engagierte Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrkräfte, unterrichtet eine schwierige Gruppe verhaltensauffälliger und lernschwacher Kinder an einer Ganztageschule. Das Mittagessen wird gemeinsam mit den Kindern in der winzigen, im Vergleich zum Luxus im Lehrerzimmer, schäbigen Nische gekocht. Zum Programm gehören selbstverständlich einkaufen, Tisch decken, abräumen und abwaschen. Nebenbei lernen sie auch den Unterschied zwischen einer Schöpfkelle und einer Schneeschaukel kennen.

Damals sprach man bescheiden von wirklichkeitsorientiertem Unterricht. «Kopf, Herz und Hand» in den Worten von Heinrich Pestalozzi. Besonders wertvoll waren die erworbenen Fähigkeiten in den jährlich stattfindenden Schulkolonien, in den Wander- und Skilagern. Probleme einzelner Schüler wurden mit den Schulpsychologen unbürokratisch und praxisnah besprochen und nicht einfach unter einem sinnlosen Formularhaufen begraben. Angesichts der nach Ländern, Sprachen und Religionen bunt zusammengewürfelten Kinderschar und der engen Zusammenarbeit mit der Regelschule würde man heute ein erfolgreiches Integrationsmodell bejubeln. Der Lehrplan 21 für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Haushalt (WAH) stellt die Lehrerschaft und auch die Schülerinnen und Schüler vor ungleich komplexere Herausforderungen. Es fällt zunächst auf, dass der Begriff «Kochen» auf insgesamt 13 Seiten nicht ein einziges Mal auftaucht. Verwundert lesen wir im Original:

«Die Kompetenz 4 «Ernährung und Gesundheit – Zusammenhänge verstehen und reflektiert handeln» hat mit dem Kompetenzbereich 4.4a «Nahrung unter Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte zubereiten können» zu tun, eine Kompetenz, die sich ausschliesslich auf die Nahrungszubereitung bezieht. (...) Jugendliche sollen auch in der Nahrungszubereitung ausgehend von ihren Kenntnissen gefördert werden, indem sie Erfahrungen aus ihrer esskulturellen Lebenswelt (gemeint sind wohl McDonald's und Döner Kebab sic!) einbringen können. Ausgehend davon werden weitere anforderungsreiche Aufgaben in der Nahrungszubereitung gestellt, damit ein Lernzuwachs erreicht werden kann. Für die Lehrpersonen bedeutet es, den Blick vermehrt auf die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler zu legen. Konkret heisst dies, dass Lehrpersonen mit den Schülern und Schülerinnen individuelle Lernziele in der Nahrungszubereitung vereinbaren und begleiten werden. Dabei werden Gerichte Mittel zum Zweck für Lernprozesse. (...) Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich selber in nützlicher Frist zu verpflegen.» Guten Appetit!

Dieser monströse Schwachsinn tönt derart surreal, dass die Angabe der Quelle zur Beweissicherung zwingend ist. «Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Hochschulen, Pädagogisches Zentrum PZ BS, Unterricht/Weiterbildung», werden im Briefkopf als Verantwortliche aufgeführt. Nicht Franz Kafka, Emil oder Lorient.

Ein Trost bleibt: Dem Lehrplan 21 fehlt noch immer das passende Lehrmittel und Lehrer müssen auf das 30 Jahre alte Kochbuch (!) «Tiptopf» ausweichen, das ursprünglich für das altbackene Fach «Hauswirtschaftsunterricht» konzipiert wurde.

Hoffentlich noch lange. Sonst gibt es immer noch Betty Bossi.

Roland Stark (SP) ist ehemaliger Grossrats- und Verfassungsratspräsident.

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=17>

Tagblatt, 26. Februar 2016

Zürcher Initiative gegen zwei Fremdsprachen



Sollen Zürcher Primarschüler weiterhin zwei Fremdsprachen lernen? Verschiedene Lehrerverbände finden Nein: Aufwand und Ertrag stimme nicht. Sie unterstützen deshalb eine Volksinitiative.
(Bild: KEYSTONE/GAETAN BALLY)

Eine Volksinitiative will im Kanton Zürich die zweite Fremdsprache aus dem Lehrplan der Primarschule kippen. Das Sprachenkonzept sei untauglich. Die Initianten wollen die Diskussion in der Deutschschweiz neu lancieren.

Die Volksinitiative "Mehr Qualität - eine Fremdsprache an der Primarschule" ist am Freitag mit 9270 Unterschriften bei der Zürcher Staatskanzlei eingereicht worden.

Die Initiative verlangt, dass in der Primarstufe nur eine Fremdsprache vermittelt werden soll. Die zweite soll erst in der Sekundarstufe folgen. An den Lernzielen wird sich gemäss den Initianten nichts ändern.

Ob nun Französisch oder Englisch aus dem Lehrplan der Zürcher Primarschule gekippt wird, lassen die Initianten bewusst offen. Der Bildungsrat soll bei einer Annahme der Initiative die Wahl treffen.

Vorstösse in mehreren Kantonen

Es ist nicht die erste Initiative dieser Art. Schon vor zehn Jahren kam das Anliegen, dass an der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache vermittelt werden soll, an die Urne - wurde von den Zürchern damals aber verworfen. Im selben Jahr erlitten ähnliche Vorstösse unter anderem in Schaffhausen und Zug Schiffbruch.

Zehn Jahre danach flammte die Diskussion erneut auf. In verschiedenen Kantonen sind aktuell ähnliche Vorstösse hängig oder wurden für ungültig erklärt.

ZLV: Aufwand und Ertrag stimmen nicht

Denn die Schweizerische Konferenz der kantonalen Bildungsdirektoren hält an der Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) fest. Gemäss dieser soll spätestens ab dem dritten Schuljahr die erste Fremdsprache und ab dem fünften Schuljahr die zweite vermittelt werden.

Dieses Konzept sei jedoch gescheitert, sagten verschiedene Vertreter von Zürcher Lehrerverbänden am Freitag vor den Medien. Aufwand und Ertrag stimme nicht, sagte Kurt Willi, Vizepräsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (ZLV).

Frühes Lernen werde überschätzt

Der frühere Zürcher Kantonsrat Hanspeter Amstutz forderte, dass sich "die Primarschule auf ihren eigentlichen Auftrag besinnen muss". Dazu gehöre nicht, "zwei Fremdsprachen ein bisschen zu lernen". Der Erfolg des frühen Lernens werde völlig überschätzt. Jugendliche würden auf der Sekundarstufe schneller lernen. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/schweiz-sda/Zuercher-Initiative-gegen-zwei-Fremdsprachen:art253650,4537677>

Weitere Informationen anklicken

- [Medienmitteilung des Komitees für nur eine Fremdsprache an der Primarschule](#)
- [Die Sicht des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes \(ZLV\)](#)
- [Argumentarium für nur eine Fremdsprache an der Primarschule](#)
- [Website](#)